



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Konservative Mobilmachung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Konservative Mobilmachung



Es ist ein seltnes Schauspiel, das der deutsche Reichstag und der preussische Landtag gegenwärtig bieten. Zuerst plakten die Geister über den „Zukunftsstaat“ auf einander, dann schütteten die „Agrarier“ hier wie dort die ganze Schale ihres Zorns über die vorjährige wie über die zukünftige Handelspolitik aus, und schließlich wird im Landtag auch noch die Judenfrage geritten. Dabei stehen im Vordergrund der parlamentarischen Aufgaben die Heeresreform und der Abschluß der Reform der direkten Steuern!

Und welche wunderbaren Gruppierungen haben sich dabei ergeben! Bei dem „Zukunftsstaat“ standen die Parteien samt und sonders zusammen gegen die Sozialdemokratie. In der handelspolitischen und zugleich landwirtschaftlichen Frage erhebt sich die gesamte konservative Rechte nicht gegen die Linke, sondern — gegen den Reichskanzler und die Regierung überhaupt, während die Linke als freiwillige Hilfsarmee die Regierung eifrig unterstützt; in der Militärfrage wiederum steht die äußerste Linke an der Spitze einer vielgestaltigen Opposition; die Judenfrage führt ein fortwährendes Handgemenge zwischen rechts und links herbei, während die Kraft der Opposition der Linken in der Steuerreformfrage zusehends erlahmt, sodaß der Regierung hierbei bald die reifen Früchte in den Schoß fallen werden.

Aber nicht bloß diese schwer vereinbaren gegensätzlichen Gruppierungen sind es, die Verwundrung erregen; mehr noch ist dies der Fall mit der Zähigkeit und Leidenschaft, die sich in den parlamentarischen Kämpfen zeigt. Die konservative Partei hat seit den Tagen der Grundsteuer, der Kreisordnung und des beginnenden Kulturkampfes noch nie ein solches Übermaß der Unzufriedenheit mit der Regierung, noch nie eine solche Energie und Erbitterung in der Vertretung ihrer Interessen und Überzeugungen an den Tag gelegt wie jetzt in der handelspolitischen und landwirtschaftlichen Frage, zum Teil auch in der Judenfrage. Auch in die Judenfrage mischt sich eine gewisse Gegnerschaft gegen die Regierung, seitdem der Reichskanzler den agitatorischen Antisemitismus oder wenigstens seine demagogische Spielart gebrandmarkt hat; wenigstens wird diese Stellungnahme des Reichskanzlers der Regierung mit aufs Kerbholz geschrieben, und die Energie und Leidenschaftlichkeit der gegen

die Regierung gerichteten Angriffe erklärt sich zum Teil auch aus deren Stellungnahme in der Judenfrage. Bei der Linken sind wir ja die erbitterte Art der Führung eines Kampfes, wie er jetzt wieder in der Militärfrage ausgefochten wird, gewohnt; aber billig muß man fragen, was die konservative Partei veranlaßt hat, der Regierung gegenüber diese Kampfweise anzunehmen und eine der schärfsten Frontstellungen einzunehmen in dem Augenblick, wo ihr die Frage der Heeresreform das Gebot auferlegt, alle ihre Kräfte anzuspannen, um ihrerseits dazu beizutragen, daß das Ansehen der Regierung ebenso wie deren Forderung keinen Schaden erleidet. Denn daß die konservative Partei trotz einzelner abweichenden Ansichten bezüglich der zweijährigen Dienstzeit und trotz einzelner überflüssigerweise vorgebrachten Drohungen, in dieser Frage Vergeltung für die der Landwirtschaft zugefügten Nachteile üben zu wollen, für die Heeresreform einsteht, versteht sich von selbst.

Graf Caprivi hat die Frage aufgeworfen, was hinter diesem Frontangriff zu suchen sei. Denn die Frage des mit Rußland abzuschließenden Handelsvertrags ist es nicht allein, um deretwillen die Konservativen mobil gemacht haben. Er nahm an, daß es auf seinen Sturz abgesehen sei. Darüber kann sich nun wohl der Reichskanzler beruhigen. Freilich wird sich ein ähnlicher Eindruck auch in weiteren Kreisen verbreiten, wo man parlamentarische Erscheinungen nur von dem Gesichtspunkt aus zu beurteilen gewöhnt ist, ob sich dahinter die Absicht eines Ministersturzes verberge oder nicht. Aber eine solche Absicht hätte dem konservativen Angriff sicherlich keine solche Kraft zugeführt. Der Grund liegt tiefer.

Die konservative Partei — oder nennen wir sie mit dem Reichskanzler „Agrarier“, weil augenblicklich landwirtschaftliche Interessen bei ihrem Verhalten die Hauptrolle spielen —, also die „Agrarier“ sehen ihre wirtschaftliche wie politische Macht schwinden und machen nun alle ihre Kräfte mobil, um in der Regierung und im Parlament den Einfluß wiederzugewinnen, den sie tatsächlich in der Gesetzgebung seit dem Bestehen des deutschen Reichs nicht mehr gehabt haben, der ihnen aber bei der tatsächlichen Bedeutung der Landwirtschaft im Volks- und Staatsleben zukommt. Auch unter dem Fürsten Bismarck haben sie ihn nicht gehabt. In dem Aufrufe zur Begründung eines Bundes der Landwirte, der am 1. Februar in der Kreuzzeitung veröffentlicht wurde, sind die Beschwerden, die der Landwirtschaft auf dem Herzen liegen, aufgezählt: die Zollherabsetzung für Getreide von 5 auf $3\frac{1}{2}$ Mark, das Aufhören der Zuckerelexportprämien, das Fehlen eines Wollzolles, das Brauntweinsteuergesetz, die Erhöhung des Spirituszolles in Spanien, die Kosten der sozialen Gesetzgebung, ungenügende Transportmittel (Eisenbahnen) für die Versendung ihrer Produkte im Osten, die Maul- und Klauenseuche, die Steuergesetzgebung. Nur die beiden erstgenannten Klagen können sich auf die gegenwärtige Regierung beziehen, alles andre — mit Ausnahme der Maul- und Klauenseuche — fällt,

wenn überhaupt jemand dafür verantwortlich gemacht werden könnte, dem Fürsten Bismarck zur Last, und was die Steuergesetzgebung betrifft, so sind die ersten Miquelschen Gesetze beinahe einstimmig jedenfalls von den Konservativen angenommen worden, und die jetzigen Miquelschen Steuervorlagen bringen dem Grundbesitz sogar eine große Erleichterung durch den Verzicht auf die staatliche Grundsteuer. Was aber die Zollherabsetzung und die Aufhebung der Zuckerelexportprämien betrifft, so ist der Beweis nicht gebracht, daß diese die Landwirtschaft ruinieren werden, wenn es auch hundert- und tausendmal behauptet worden ist. In jedem Falle genügen diese beiden Abweichungen von der Bismarckschen Wirtschaftspolitik nicht, eine Sehnsucht nach dem alten Kurse zu begründen, und was die andern Beschwerden betrifft, so stellen sie ebenso die Bismarcksche wie die Caprivische Politik unter Anklage. In keinem Falle kann daher der Ansturm der Konservativen als die Absicht, den Grafen Caprivi zu stürzen oder eine Lanze zu Gunsten des Fürsten Bismarck zu brechen, aufgefaßt werden.

Vielmehr gilt auch hier: den Sack schlägt man, aber den Esel meint man. Der Esel ist der immer weiter um sich greifende demokratisch-freisinnige Liberalismus, der da hofft, daß bei einer Auflösung des Reichstags sein Weizen blühen werde. Die Agitationskunst des Freisinns, der mit seiner Sucht zu kritisieren, gedankenlose Kreise fast ebenso, wie es die Sozialdemokratie thut, immer mehr gefangen nimmt und mit seiner einseitigen Kritik der Militärvorlage — als die offiziöse Presse noch schweigen mußte — selbst auf gut konservativ gesinnte Kreise nicht ohne Einfluß geblieben ist, erscheint in der That als eine dringende Gefahr, wenn ihr nicht beizeiten ein Damm entgegengesetzt wird. Dies kann freilich nicht durch das Mittel der Gutmütigkeit, des Wohlverhaltens gegenüber der Regierung erreicht werden, vielmehr bedarf es einer Aktion, die die Geister ergreift und beherrscht; nur so kann den Wahlen, ob sie nun früher oder später vollzogen werden, mit Hoffnung auf Erfolg entgegengesehen werden. Freilich brechen die Konservativen oder die „Agrarier“ damit keineswegs eine Lanze für die Regierung: sie wollen gar nicht mehr als eine — wie der Freisinn immer spöttisch bemerkt — von der Regierung kommandierte und abhängige Hilstruppe erscheinen; sie wollen durch die Mobilmachung ihrer Scharen das konservative Schwergewicht im Parlament verstärken, um mit diesem Gewicht auch die Politik der Regierung zu beeinflussen und diese Politik in eine Richtung zu lenken, die die Interessen der Landwirtschaft energisch vertritt und fördert.

Damit ist von neuem der alte Gegensatz von Liberalismus und Konservatismus, den man durch die praktische nationale Politik Bismarcks und die „Kartellpolitik“ für gemildert und beseitigt hielt, in seiner ganzen Schärfe ausgesprochen. Aber es wäre thöricht, nunmehr eine „Reaktion,“ „mittelalterliche Zustände,“ „Sunterherrschaft“ u. s. w. vorauszusagen; auch ist der mit

schlechtem Beigeschmack versehene Ausdruck „Agrariertum,“ mit dem man diese Bewegung verdächtigen möchte, nicht angebracht. Allerdings will sie ihre Kraft aus der Landwirtschaft nehmen, aber Sonderinteressen hat sie nicht im Auge; sie will nur den überhandnehmenden Einfluß der im letzten Grunde demokratischen Theorien in der Politik wie in der Volkswirtschaft abwehren und zerstören und richtet zugleich ihre ganze Kraft auf die Stärkung des monarchischen Ansehens wie auf die Verdrängung der — allerdings noch nicht vorhandenen, sich aber bei fortgesetztem Anwachsen des liberalen oder demokratischen Elements leicht von selbst ergebenden — Übermacht des Parlamentarismus. Die Herren vom Freisinn spotten dieser Bewegung, zumal da sie das Sudentum als Verbündeten haben und soeben noch die Genugthuung hatten, für die Handelspolitik der Regierung eintreten zu können. Aber selbst ihre demonstrative Stellungnahme gegenüber dem „Zukunftsstaat“ wird ihnen nichts nützen; sie werden sich mit ganz andern Waffen rüsten müssen, wenn sie der konservativen Bewegung Herr werden wollen. Sie werden es sicher nicht, wenn sie in der Militärfrage die Politik der Konfliktzeit treiben: an dieser Klippe werden sie jetzt wie damals scheitern.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Zum Panamaprozeß. Die Neue Freie Presse meint, nach dem Urteile über Ferdinand von Lesseps brauche man sich über die Ketten im Sarge des Kolumbus nicht mehr zu wundern. Einverstanden! Wenn sie aber weiter schreibt, der Haß gegen das Unternehmertum und gegen das Unternehmergenie habe dieses Urteil diktiert, so irrt sie entweder oder will das Publikum irre führen, seine Aufmerksamkeit von ihren lieben Freunden und Stammesgenossen ablenken, die bei der Sache die Hauptschuld tragen. Wie kämen die französischen Richter dazu, einen genialen Unternehmer zu hassen? Die Sache liegt doch sehr einfach: ihnen fiel die für gewissenhafte Richter gewiß äußerst peinliche Aufgabe zu, die Schuld der eigentlich Schuldigen, der frühern Minister, der Deputirten und der Gönner dieser Herren in der hohen Finanz zu verdecken. Die Schuld von Lesseps besteht, wie es scheint, nur darin, daß er sich als Greis an ein Unternehmen wagte, das vielleicht auch für seine frühere Manneskraft zu schwierig gewesen wäre. An gehörige Überwachung des Baues war bei der ungeheuern Entfernung nicht zu denken. Das Geld wurde also größtenteils vertrödelte, und als es ausging, that Lesseps, was jeder ehrgeizige Unternehmer in solchem Falle thut, er suchte mehr Geld zu erlangen. Um das Gebahren der dafür nötigen Geldleute hat er sich gewiß nicht gekümmert. Regierung und Deputirte wußten, wie es in Panama stand, sie mußten